

**INNERE STADT****Kein Baustellengeld**

Die von der Baustelle Murgasse betroffenen Geschäftsleute erhalten von der Stadt keine Ausgleichszahlung für den Geschäftsentgang. Das Stadtmarketing will diese Summen lieber in Werbemaßnahmen stecken.

Feinstaubhauptstadt: Falsches Signal

Als völlig falsches Signal für die Feinstaubhauptstadt Graz wertet KPÖ-Bezirksvorstellvertreter **Franz Stephan Parteder** das Motorsportspektakel in der Grazer Altstadt. Am 28. Mai sollen 4 Sportwagen

vom Schloßbergplatz über den Andreas Hofer Platz bis zum Hauptplatz donnern. Parteder: „Für die einfachen Leute soll es eine Umweltzone geben, die Rennautospektakel-Konzerne dürfen in der Innenstadt trotzdem werben.“

Bauverhandlung Postgebäude

Im Parterre des Postgebäudes in der Neutorgasse wird das AMS einziehen. Deshalb wird der 4. Stock ausgebaut, ohne das Bild der Dächerlandschaft und den Denkmalschutz zu beeinträchtigen. So weit so gut. Als die notwendige Bauverhandlung für diese wichtige Ände-

rung stattfand, waren die Arbeiten dafür bereits im vollen Gang. KPÖ-Bezirksvorstellvertreter **Franz Stephan Parteder**: „Das ist nicht das erste Mal. So hat die Bauverhandlung für das SPAR-Geschäft in der Hans Sachsgasse erst stattgefunden, als es schon in Betrieb war.“

JAKOMIN**Innenhofrundgang**

Der Naturschutzbund und der Bezirksrat

Jakomini haben einen Innenhofrundgang im

Bezirk ins Leben gerufen. Unter anderem wurde ein „revitalisierter Vorgarten“ (Photo) besichtigt: Durch die Entfernung von Betonplatten ist hier eine kleine grüne Oase entstanden. „Insektenhotels“, das sind kleine Nistplätze für Insekten, sollen Lebensraum für diese wichtigen Kleintiere schaffen.

KPÖ-Bezirksrätin **Edeltrud Ulbl-Taschner**: „Es wäre sinnvoll, würde man solche Aktionen auf das ganze Stadtgebiet ausdehnen.“

GEIDORF

Als „nicht schützenswert“ beurteilte die Altstadtsachverständigenkommission das städtebauliche Areal Körösisstraße/Lange Gasse. Hier befindet sich aber u. a. ein Haus aus dem 16. Jahrhundert, biedermeierliche Vorstadthäuser, ein über 200 Jahre alter Weinstock, der als Naturdenkmal geschützt ist, sowie eine Vielzahl von Bäumen unterschiedlichster Art. Gegen den Widerstand zahlreicher Anwohner und gegen die Stimmen der KPÖ im

Gemeinderat wurde hier nun ein Bebauungsplan beschlossen, der – trotz einiger Entschärfungen – dieses Kultur- und Naturensemble nachhaltig zerstören wird. KPÖ-Gemeinderat **Manfred Eber**: „Nicht die Profitinteressen, sondern die Menschen sollten im Zentrum der Politik stehen. Mit der Zerstörung dieses Areals verlieren aber die Anwohner an Lebensqualität.“

**Fußbus: Pedibus für Graz**

Viele Eltern, die um die Sicherheit ihrer Kinder fürchten, bringen die Kleinen mit dem Privat-PKW zur Schule. Das ist nicht nur zeitraubend für die Eltern, sondern auch umweltbelastend.

Ein einfaches, kostengünstiges Konzept in Form

eines „Pedibusses“, das in Salzburg, Burgenland, Tirol und auch in einigen Städten in Deutschland und in der Schweiz bereits praktiziert wird, würde da Abhilfe schaffen. Dabei „fährt“ ein Fußgängerbus auf unterschiedlichen Linien, hält sich an Fahrpläne und

stoppt an markierten Haltestellen. Die „Mitfahrenden“ sind



Kindergarten- und Schulkinder, die zu Fuß zur Schule oder in den Kindergarten gehen. Die an den festgelegten Pedibus-Haltestellen Wartenden werden fahrplanmäßig aufgesammelt und gelangen so sicher an ihren Zielort. Gemeinderat **Christian Sikora**: „Die Stadt Graz soll die Umsetzung dieses Konzeptes prüfen.“



foto: pedibus tirol

GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0361 / 71 24 79; Fax 71 35 61. E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt/Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark

ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

